

(Abg. Dr. **Senfert.**)

(A) inspektorenkonferenz hat der Herr Minister aus einem amtlichen Berichte eines Bezirksschulinspektors folgenden Satz mit vorgetragen:

„Noch sind wir nicht so weit wie in der Schweiz, wo sozialistische Lehrervereine ungestört leben können, wo das Staatsbewußtsein ausgesprochenmaßen sozialistische Lehrer duldet. Aber der Frühling naht mit Brausen usw.“

(Hört, hört!)

Dieser Satz soll nach dem Berichte in einem Artikel der Lehrerpresse enthalten sein. Meine Herren! Dieser Bericht ist falsch. Was sagt er denn? Er enthält die Verdächtigung, die wir heute besprechen. Statt dessen heißt der betreffende Abschnitt des Artikels so:

„Wir sind noch nicht so weit wie in der Schweiz, in Holland, wo sozialistische Lehrervereine ungestört leben können, wo das Staatsbewußtsein ausgesprochene sozialistische Lehrer duldet, und werden kaum dahin kommen. Das deutsche Pflichtbewußtsein steht dem gegenüber, die deutsche Gewissenhaftigkeit und die Achtung vor der Autorität des Staates.“

Dann kommt ein längerer Passus über die diesjährige Lehrerversammlung in Straßburg, und dann heißt es weiter:

(B) „Leben und Bewegung überall! Frühlingkräfte werden wach, ungeahnte Quellen fließen, und der Lenzwind weht. Der Frühling naht mit Brausen. Und stärker wird die Kraft, stärker die größte der Kräfte: Der Wille.“ (Zitiert nach der „Leipziger Lehrerzeitung.“)

(Bewegung. — Zuruf: So wird es gemacht!)

Das ist es, was ich im Zusammenhange mit dieser Frage als ersten Punkt erwähne. — Ich muß nachträglich noch darum bitten, daß mir gestattet wird, weiteres vorzulesen.

(Präsident: Wird gestattet.)

Ich muß dazu noch bemerken: der Herr Minister hat natürlich das sofort am nächsten Tage richtiggestellt. Das muß ich ausdrücklich zur Ergänzung hinzufügen. Aber es ist nicht bekannt geworden, wer dieser Herr ist. Und ich meine, meine Herren, es hat nicht nur die Lehrerschaft, sondern die ganze Öffentlichkeit ein Interesse daran, das zu erfahren;

(Sehr richtig!)

denn wenn solche falsche Berichterstattung nur einem einzigen anderen Herrn in die Schuhe geschoben wird, wird damit ein Vertrauensverhältnis gestört. Ich meine, das müßte verhindert werden.

(Sehr richtig!)

Das zweite, meine Herren: es ist vom Regierungstische (C) aus gesagt worden: die Ermahnung, die erteilt worden ist, hat nur den Zweck gehabt, ein mildes Verfahren einzuschlagen. Da möchte ich allerdings ähnlich wie der Herr Abg. Günther sagen: wenn man eine Ermahnung ausspricht, dann gibt es, glaube ich, doch andere Formen. Es hat das ganze Verfahren nicht mehr den Charakter der Ermahnung, wenn es an die Öffentlichkeit geht usw. Abgesehen davon aber ist doch der Gegenstand, um den es sich handelt, so außerordentlich penibel und empfindlich, daß er kaum zum Gegenstande einer Ermahnung gemacht werden kann, und es läuft doch, im Grunde genommen, darauf hinaus, daß man den Leuten, die man ermahnen will, ein gewisses Odium der mangelnden Mündigkeit anhängt

(Sehr richtig!)

Und wenn es auch hier nicht so ausgesprochen zutage träte, so wirkt so etwas doch sehr leicht weiter auf untere Instanzen. Vor kurzem hat ein Schuldirektor seinem Lehrerkollegium in der Konferenz erklärt, daß er nicht sage, welcher politischen Richtung er angehöre, und daß er es gern hätte, wenn die Herren es auch so machten. Ich meine, das ist eine politische Bevormundung, die nicht wünschenswert ist. Oder wenn in einer amtlichen Hauptkonferenz von einem Bezirksschulinspektor den Lehrern (D) erklärt wird, daß die politische Betätigung mehr oder weniger ein Ausdruck der persönlichen Eitelkeit sei, so, meine ich, ist das eine Maßnahme, die unverständlich bleibt und doppelt unverständlich ist, wenn sich derselbe Herr zum Vorsitzenden nicht bloß eines städtischen konservativen Vereins, sondern eines Kreisvereins wählen läßt

(Sehr gut! links und bei den Nationalliberalen.)

und Wahlaufträge für die Konservativen unterzeichnet. Ob das ein Zeichen von Eitelkeit ist, das will ich dahingestellt sein lassen, jedenfalls ist es ein Widerspruch. Meiner Ansicht nach gehören solche Dinge überhaupt nicht in das amtliche Verhältnis hinein. Dabei schwebt mir als selbstverständlich vor — ich weise auf das hin, was meine Privatfreunde Hettner und Dr. Zöphel beide gesagt haben —, daß wir sozialdemokratische Gesinnung nicht dulden können.

Im Zusammenhange mit dem Leipziger Falle ist auch eine gewisse Befürchtung bei der Lehrerschaft erweckt worden, daß die Lehrer behindert werden könnten, ihre freie Meinung zu äußern. Es tritt so leicht der Fall ein, daß sich die Träger eines Amtes ohne weiteres mit den Einrichtungen selbst identifizieren, und es ist dann gar nicht gut möglich, eine Einrichtung zu kritisieren, ohne daß sich die Vertreter des Amtes dadurch persönlich